

11.09.2020

Neudruck

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksache 17/9829 -

**Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften**

**Berichtersteller:**

Abgeordneter Hans-Willi Körfges

### **Beschlussempfehlung**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 17/9829 - wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.



## G e g e n ü b e r s t e l l u n g

### Gesetzentwurf der Landesregierung

### Beschlüsse des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

**Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften**

**Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften**

#### Artikel 1

**Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen  
(NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz  
– NKF-CIG)**

#### § 1

#### Anwendungsbereich

Unverändert

(1) Dieses Gesetz gilt für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände, für die die Regelungen des Achten Teils der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b, ber. S. 304a) geändert worden ist, Anwendung finden.

(2) Des Weiteren findet dieses Gesetz Anwendung auf die wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden ohne eigene Rechtspersönlichkeit gemäß § 114 sowie die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen gemäß § 107 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, sofern diese von der Option des § 27 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S. 15), die zuletzt durch Artikel 26 des Gesetzes vom

8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 559)  
geändert worden ist, Gebrauch machen.

## **§ 2**

### **Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung für das Jahr 2020**

**Unverändert**

(1) Im Haushaltsjahr 2020 finden § 81 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen keine Anwendung. § 81 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen findet im Haushaltsjahr 2020 keine Anwendung, soweit Investitionen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie erfolgen. Auf überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen findet insoweit § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen Anwendung. Ist eine Haushaltssatzung gemäß § 78 Absatz 3 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschlossen, die Festsetzungen für zwei Jahre enthält, gelten Satz 1 und 2 ausschließlich für die das Haushaltsjahr 2020 betreffende Anpassung.

(2) In den Haushaltsjahren 2020 und 2021 berichtet die Kämmerin oder der Kämmerer dem für den Beschluss über die Haushaltssatzung zuständigen Organ vierteljährlich über die finanzielle Lage.

## **§ 3**

### **Liquiditätssicherung zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen**

**Unverändert**

Nachtragssatzungen zur Haushaltssatzung 2020, welche ausschließlich die Anpassung des in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrages für die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung zum Gegenstand haben, werden vom jeweils zuständigen Organ beschlossen. Ein vorgeschaltetes Verfahren zur öffentlichen Bekanntgabe und zur

Erhebung von Einwendungen findet nicht statt. Die vom jeweiligen Vertretungsorgan beschlossene Nachtragsatzung ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Dies gilt auch dann, wenn die ursprüngliche Haushaltssatzung einem Genehmigungserfordernis unterlag. Die Nachtragsatzung darf frühestens eine Woche nach der Anzeige bei der Aufsichtsbehörde öffentlich bekannt gemacht werden.

#### **§ 4**

#### **Aufstellung der Haushaltssatzung für das Jahr 2021**

Unverändert

(1) Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 sind nach den Vorschriften des Achten Teils der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen aufzustellen.

(2) Bei der Aufstellung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 ist die Summe der auf das Haushaltsjahr infolge der COVID-19-Pandemie entfallenden Haushaltsbelastung durch Mindererträge beziehungsweise Mehraufwendungen zu prognostizieren. Hierzu ist eine Gegenüberstellung des im Rahmen der Aufstellung der Haushaltssatzung für 2021 erstellten Ergebnisplans mit einer Nebenrechnung für das Haushaltsjahr 2021 vorzunehmen.

(3) Die Nebenrechnung erfolgt auf der Ebene des Ergebnisplans. Ihr liegt die mit der Aufstellung der Haushaltssatzung für das Jahr 2020 vorgenommene mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung gemäß § 84 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein für das Haushaltsjahr 2021, welche Haushaltsbelastungen aus der COVID-19-Pandemie noch nicht enthält und um zwischenzeitliche nicht krisenbedingte Veränderungen fortzuschreiben ist, zugrunde.

(4) Ist eine Haushaltssatzung gemäß § 78 Absatz 3 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschlossen, die Festsetzungen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 enthält, ist die dortige mittelfristige Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2021 bei der Aufstellung der Nebenrechnung zugrunde zu legen. Ist eine Haushaltssatzung gemäß § 78 Absatz 3 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschlossen, die Festsetzungen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 enthält, und wird für das Haushaltsjahr 2021 eine Nachtragssatzung beschlossen, ist der der ursprünglich beschlossenen Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 anliegende Teil des Ergebnisplans dem Entwurf des Ergebnisplans der Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2021 gegenüberzustellen.

(5) Die gemäß den Absätzen 2 bis 4 prognostizierte Haushaltsbelastung ist als außerordentlicher Ertrag in den Ergebnisplan aufzunehmen. Dies ist im Vorbericht zum Haushaltsplan zu erläutern. Die Nebenrechnung ist dem Vorbericht als Anlage beizufügen.

(6) Abweichend von § 80 Absatz 5 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen darf die Anzeige der Haushaltssatzung für das Jahr 2021 spätestens bis zum 1. März 2021 erfolgen. Abweichend von § 6 Absatz 3 des Stärkungspaktgesetzes vom 9. Dezember 2011 (GV. NRW. S. 662), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b) geändert worden ist, ist der Haushaltssanierungsplan für das Haushaltsjahr 2021 spätestens am 1. März 2021 der Bezirksregierung vorzulegen.

(7) Wird von der Regelung nach Absatz 6 Gebrauch gemacht und reichen die Finanzmittel für die

Fortsetzung der Bauten, der Beschaffungen und der sonstigen Leistungen des Finanzplans nach § 82 Absatz 1 Nummer 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen nicht aus, so darf die Gemeinde abweichend von § 82 Absatz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen Kredite für Investitionen bis zur Hälfte des Gesamtbetrages der in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten Kredite aufnehmen. Die beabsichtigte Aufnahme dieser Kredite ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich zur Genehmigung vorzulegen und von dieser unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Haushaltswirtschaft zu prüfen. Die Vorlage einer nach Dringlichkeit geordneten Aufstellung der vorgesehenen unaufschiebbaren Investitionen ist entbehrlich. Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die Aufsichtsbehörde nicht innerhalb von 14 Tagen nach Eingang des Antrags eine andere Entscheidung trifft. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden. Sie ist in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht in Einklang stehen. Die übrigen Bestimmungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bleiben unberührt.

## **§ 5 Jahresabschluss 2020**

**Unverändert**

(1) Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2020 finden die Vorschriften des Achten Teils der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen Anwendung.

(2) Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2020 ist die Summe der Haushaltsbelastung infolge der COVID-19-Pandemie durch Mindererträge beziehungsweise Mehraufwendungen zu ermitteln.

(3) Für den Jahresabschluss 2020 erfolgt diese Ermittlung durch eine gesonderte Erfassung der konkreten Belastungen des beschlossenen Haushaltes 2020. Soweit die Haushaltsbelastungen nicht oder nicht in vollem Umfang konkret ermittelt werden können, ist hilfsweise eine Nebenrechnung vorzunehmen. Hierzu erfolgt eine Gegenüberstellung der entsprechenden Teile der Ergebnisplanung des Haushaltsjahres 2020, für welche die Haushaltsbelastung nicht oder nicht im vollen Umfang ermittelt werden konnte, mit dem korrespondierenden Entwurf der Ergebnisrechnung für 2020. Ist im Haushaltsjahr 2020 eine Änderung der ursprünglich beschlossenen Ergebnisplanung durch eine Nachtragssatzung vorgenommen worden, ist die Ergebnisplanung in Gestalt der Nachtragssatzung der Nebenrechnung nach Satz 2 und 3 zugrunde zu legen.

(4) Die gemäß der Absätze 2 und 3 ermittelte Summe der Haushaltsbelastung ist als außerordentlicher Ertrag im Rahmen der Abschlussbuchungen in die Ergebnisrechnung einzustellen und bilanziell gemäß § 6 gesondert zu aktivieren. Dies ist im Anhang zum Jahresabschluss zu erläutern.

(5) Im Anhang zum Jahresabschluss ist die Summe der auf die COVID-19-Pandemie entfallenden Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung zu ermitteln und zu erläutern. Hierzu sind die bilanzierten Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung auf den auf die COVID-19-Pandemie entfallenden Anteil, der höchstens dem Bilanzwert der Bilanzierungshilfe nach § 6 entspricht, und dem verbleibenden Anteil aufzuteilen. Der nach Satz 2 ermittelte, auf die COVID-19-Pandemie entfallende, Anteil der Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

kann über einen Zeitraum von 50 Jahren, längstens aber über die Abschreibungsdauer der mit § 6 bilanzierten Aktivierungshilfe zurückgeführt werden.

### § 6

#### **Behandlung der Bilanzierungshilfe in den Haushaltsjahren nach 2021**

Unverändert

(1) Die mit dem Jahresabschluss 2020 erstmalig anzusetzende Bilanzierungshilfe ist beginnend im Haushaltsjahr 2025 linear über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben.

(2) Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den weiteren in den Anwendungsbereich nach § 1 Absatz 2 einbezogenen Betrieben und Einrichtungen steht im Jahr 2024 für die Aufstellung der Haushaltssatzung 2025 das einmalig auszuübende Recht zu, die Bilanzierungshilfe ganz oder in Anteilen gegen das Eigenkapital erfolgsneutral auszubuchen. Über die Entscheidung ist ein Beschluss des zuständigen Organs für den Beschluss über die Haushaltssatzung herbeizuführen. Eine Überschuldung darf dadurch weder eintreten noch eine bereits bestehende Überschuldung erhöht werden.

(3) Außerplanmäßige Abschreibungen sind zulässig, soweit sie mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Einklang stehen.

### § 7

#### **Ausführung des Gesetzes**

(1) Das für Kommunales zuständige Ministerium wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderliche Rechtsverordnung sowie die erforderlichen Verwaltungsvorschriften und Muster zu erlassen.

(1) unverändert

(2) Soweit zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich, können auch in den auf der Grundlage des § 133 der

(2) unverändert

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen erlassenen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften ergänzende Regelungen getroffen und Muster bekannt gegeben werden.

„(3) Die Landesregierung berichtet dem für Kommunales zuständigen Ausschuss des Landtags jährlich über die Auswirkungen dieses Gesetzes.“

## **§ 8**

### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. § 2 Absatz 1 und § 3 treten am 31. Dezember 2020, § 2 Absatz 2 tritt am 31. Dezember 2021 außer Kraft.

## **Artikel 2**

### **Gesetz zur Gewährung von Sonderhilfen an die am Stärkungspakt teilnehmenden Gemeinden (Sonderhilfengesetz Stärkungspakt)**

Unverändert

## **§ 1**

### **Sonderhilfen für am Stärkungspakt teilnehmende Kommunen im Jahr 2020**

(1) Im Jahr 2020 stellt das Land Nordrhein-Westfalen den am Stärkungspakt teilnehmenden Gemeinden Sonderhilfen im Gesamtvolumen von 342 000 000 Euro zur Unterstützung des Haushaltsausgleichs im Zuge der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zur Verfügung. Mit diesen Finanzmitteln werden die Stärkungspaktgemeinden bei der Erfüllung der ihnen nach dem Stärkungspaktgesetz obliegenden Pflichten unterstützt.

(2) Diese Mittel werden den gemäß §§ 3, 4 und 12 des Stärkungspaktgesetzes vom 9. Dezember 2011 (GV. NRW. S. 662), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b) geändert worden

ist, am Stärkungspakt teilnehmenden Gemeinden zur Verfügung gestellt.

(3) Die erhaltenen Sonderhilfen nach diesem Gesetz sind im Anhang zum Jahresabschluss 2020 zu erläutern.

## **§ 2**

### **Finanzierung der Sonderhilfen**

(1) Zur Finanzierung der Sonderhilfen werden die Mittel verwendet, welche die am Stärkungspakt teilnehmenden Gemeinden nach ihren bisherigen Fortschreibungen der Haushaltssanierungspläne für den Haushaltsausgleich nicht mehr benötigt hätten.

(2) Abweichend von § 6 des Stärkungspaktfondsgesetzes vom 28. November 2012 (GV. NRW. S. 577), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) geändert worden ist, dürfen die Mittel des Stärkungspaktfonds auch zur Gewährung der Sonderhilfen nach diesem Gesetz verwendet werden.

## **§ 3**

### **Höhe, Auszahlung und Verwendung der Sonderhilfen**

(1) Für jede am Stärkungspakt teilnehmende Gemeinde wird ein Betrag von 750 000 Euro als Grundbetrag gewährt.

(2) Über Absatz 1 hinaus ergibt sich der Anteil der am Stärkungspakt teilnehmenden Gemeinden an den gemäß Absatz 1 verminderten Finanzmitteln aus dem Verteilmaßstab der bisher gezahlten Konsolidierungshilfen, die gemäß § 5 Absatz 1 und 2 sowie § 12 Absatz 4 des Stärkungspaktgesetzes geleistet werden. Um die Sonderhilfe zu berechnen, wurden die festgesetzten Konsolidierungshilfebeträge addiert, welche die gemäß §§ 3 und 4 des Stärkungspaktgesetzes teilnehmenden

Gemeinden im Jahr 2016 und die nach § 12 des Stärkungspaktgesetzes teilnehmenden Gemeinden im Jahr 2017 erhalten haben. Anschließend wurde für jede einzelne Gemeinde der Anteil an diesem Summenwert der Konsolidierungshilfebeträge ermittelt und das Gesamtvolumen der Sonderhilfen auf der Grundlage dieses Anteilswertes auf die einzelnen Stärkungspaktgemeinden verteilt. Die Höhe der Sonderhilfen, die jede einzelne Gemeinde auf der Grundlage dieses Gesetzes erhält, ergibt sich aus der Anlage zu diesem Gesetz.

(3) Die Auszahlung der nach den Absätzen 1 und 2 ermittelten Sonderhilfen erfolgt nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.

(4) § 5 Absatz 4 Satz 1 des Stärkungspaktgesetzes bleibt unberührt.

#### **§ 4 Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft und am 31. Dezember 2020 außer Kraft.

#### **Artikel 3**

#### **Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen**

**Unverändert**

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b, ber. S. 304a) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
  - a) Die Angabe zu § 60 wird wie folgt neu gefasst:  
„§ 60 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen“

- b) Nach der Angabe zu § 96 wird die folgende Angabe eingefügt:  
„§ 96a Abweichungsbefugnis in besonderen Ausnahmefällen
2. In § 36 Absatz 5 Satz 2 werden nach der Angabe „Satz 1“ die Wörter „und Absatz 2“ eingefügt
3. § 60 wird wie folgt gefasst:

**„§ 60  
Eil- und  
Dringlichkeitsentscheidungen**

(1) Der Hauptausschuss entscheidet in Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls eine Einberufung des Rates nicht rechtzeitig möglich ist (Eilentscheidung). Ist auch die Einberufung des Hauptausschusses nicht rechtzeitig möglich und kann die Entscheidung nicht aufgeschoben werden, weil sonst erhebliche Nachteile oder Gefahren entstehen können, kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister und im Falle ihrer oder seiner Verhinderung die allgemeine Vertreterin oder der allgemeine Vertreter mit einem Ratsmitglied entscheiden (Dringlichkeitsentscheidung). Die nach Satz 1 oder nach Satz 2 getroffenen Entscheidungen sind dem Rat in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Er kann die Entscheidungen aufheben, soweit nicht schon Rechte anderer durch die Ausführung des Beschlusses entstanden sind.

(2) Der Hauptausschuss entscheidet ferner in Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, wenn und solange nach § 11 des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b) eine epidemische Lage von landesweiter Tragweite festgestellt ist und wenn zwei Drittel der

Mitglieder des Rates einer Delegation an den Hauptausschuss zugestimmt haben. Die Stimmabgaben können in Textform erfolgen.

(3) Ist die Einberufung eines Ausschusses, dem eine Angelegenheit zur Entscheidung übertragen ist, nicht rechtzeitig möglich, kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister und im Falle ihrer oder seiner Verhinderung die allgemeine Vertreterin oder der allgemeine Vertreter mit der oder dem Ausschussvorsitzenden oder einem anderen dem Ausschuss angehörenden Ratsmitglied entscheiden. Die Entscheidung ist dem Ausschuss in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend.“

4. In § 62 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 1“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz und Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.
5. Nach § 96 wird folgender § 96a eingefügt:

**„§ 96a  
Abweichungsbefugnis in  
besonderen Ausnahmefällen**

Das für Kommunales zuständige Ministerium wird ermächtigt, in Ausnahmefällen wie Katastrophen, einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite oder eines außergewöhnlichen Notstandes nach Artikel 115 des Grundgesetzes durch Rechtsverordnung, die mit Zustimmung des Landtags erlassen wird, Abweichendes zum Achten Teil dieses Gesetzes zu regeln.“

6. In § 108b Absatz 1 wird die Angabe „2020“ durch die Angabe „2025“ ersetzt.
7. In § 134 Satz 2 wird die Angabe „2021“ durch die Angabe „2026“ ersetzt.

**Artikel 4**  
**Änderung der Kreisordnung für das**  
**Land Nordrhein-Westfalen**

Unverändert

Die Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 646), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 26 Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „und k“ durch die Angabe „bis l“ ersetzt.
2. In § 39 Absatz 4 wird die Angabe „Abs. 1 bis 3“ durch die Wörter „Absatz 1 bis 4“ ersetzt.
3. § 50 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 3 wird durch die folgenden Absätze 3 und 4 ersetzt:

„(3) Der Kreisausschuss entscheidet in allen Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Kreistags unterliegen, falls eine Einberufung des Kreistags nicht rechtzeitig möglich ist (Eilentscheidung). Ist die Einberufung des Kreisausschusses nicht rechtzeitig möglich und kann die Entscheidung nicht aufgeschoben werden, weil sonst erhebliche Nachteile oder Gefahren entstehen können, kann die Landrätin oder der Landrat und im Falle ihrer oder seiner Verhinderung die allgemeine Vertreterin oder der allgemeine Vertreter mit einem Kreisausschussmitglied entscheiden (Dringlichkeitsentscheidung). Die nach Satz 1 oder nach Satz 2 getroffenen Entscheidungen sind dem Kreistag in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Er kann die Entscheidungen aufheben, soweit nicht schon Rechte anderer durch

die Ausführung des Beschlusses entstanden sind.

(4) Der Kreisausschuss entscheidet ferner in allen Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Kreistags unterliegen, wenn und solange nach § 11 des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b) eine epidemische Lage von landesweiter Tragweite festgestellt ist und wenn zwei Drittel der Mitglieder des Kreistags einer Delegation an den Kreisausschuss zugestimmt haben. Die Stimmabgaben können in Textform erfolgen.“

b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5

**Artikel 5**  
**Änderung der**  
**Landschaftsverbandsordnung für das**  
**Land Nordrhein-Westfalen**

**Unverändert**

In § 11 Absatz 5 Satz 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b) geändert worden ist, werden die Wörter „erfolgen in Textform“ durch die Wörter „können in Textform erfolgen“ ersetzt.

**Artikel 6**  
**Änderung des Gesetzes über den**  
**Regionalverband Ruhr**

**Unverändert**

In § 13 Absatz 5 Satz 2 des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 2004 (GV. NRW. S. 96), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 14. April 2020 (GV. NRW. S. 218b) geändert worden ist, werden die Wörter „erfolgen in Textform“ durch die Wörter „können in Textform erfolgen“ ersetzt.

**Artikel 7**  
**Änderung des Gesetzes zur Umsetzung**  
**des Kommunalinvestitionsförderungs-**  
**gesetzes in Nordrhein-Westfalen**

Unverändert

Das Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen vom 1. Oktober 2015 (GV. NRW. S. 672), das durch Gesetz vom 8. Januar 2018 (GV. NRW. S. 16) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „7 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122)“ durch die Wörter „2b des Gesetzes vom 15. April 2020 (BGBl. I S. 811)“ ersetzt.
2. In § 2 Satz 1 werden die Wörter „2 des Gesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2395)“ durch die Wörter „3 des Gesetzes vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2053)“ ersetzt.
3. In § 5 Satz 3 werden die Wörter „die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S. 496) geändert worden ist,“ durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ und die Wörter „die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878) geändert worden ist,“ durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.
4. In § 12 Satz 3 werden die Wörter „in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) geändert worden ist,“ und die Wörter „in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 646), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) geändert worden ist,“ gestrichen.

5. In § 17 wird die Angabe „2024“ durch die Angabe „2025“ ersetzt.

**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 3 Nummer 6 tritt am 1. November 2020 in Kraft.

**Anlage**  
Sonderhilfen gemäß § 3 Sonderhilfengesetz Stärkungspakt

Stärkungspaktstufe	Gebietskörperschaft	Gesamtbetrag der Sonderhilfen gemäß § 3 Stärkungspakt
		Euro
Stufe 1 (Teilnahme gemäß § 3 Stärkungspaktgesetz)	Aldenhoven	1.329.188
	Altena, Stadt	1.876.586
	Arnsberg, Stadt	4.487.869
	Bergneustadt, Stadt	1.643.709
	Castrop-Rauxel, Stadt	6.350.997
	Datteln, Stadt	2.785.026
	Dorsten, Stadt	3.972.461
	Duisburg, krfr. Stadt	22.771.622
	Hagen, krfr. Stadt	15.784.349
	Hamm, krfr. Stadt	8.705.622
	Hattingen, Stadt	2.990.384
	Kürten	1.463.125
	Marienheide	1.445.217
	Marl, Stadt	4.896.461
	Menden (Sauerland), Stadt	2.381.742
	Minden, Stadt	3.604.880
	Nachrodt-Wiblingwerde	1.214.461
	Nideggen, Stadt	1.304.200
	Oberhausen, krfr. Stadt	22.656.572
	Oer-Erkenschwick, Stadt	2.510.477
	Porta Westfalica, Stadt	2.186.482
	Remscheid, krfr. Stadt	8.266.377
	Schwelm, Stadt	2.317.787
	Schwerte, Stadt	3.044.357
	Selm, Stadt	2.406.657
	Sprockhövel, Stadt	1.435.604
	Stolberg (Rhld.), Stadt	3.011.590
	Übach-Palenberg, Stadt	1.688.450
	Wallrop, Stadt	2.337.340
	Welver	1.203.679
	Werl, Stadt	1.839.858
	Witten, Stadt	3.943.022
	Wuppertal, krfr. Stadt	25.653.785
Würselen, Stadt	2.221.771	
Stufe 2 (Teilnahme gemäß § 4 Stärkungspaktgesetz)	Bönen	1.730.103
	Botrop, krfr. Stadt	5.702.206
	Burscheid, Stadt	1.511.997
	Engelskirchen	1.445.688
	Essen, krfr. Stadt	38.031.929
	Gelsenkirchen, krfr. Stadt	13.298.816
	Gladbeck, Stadt	4.804.184
	Gummersbach, Stadt	2.023.138
	Haltern am See, Stadt	2.688.933
	Halver, Stadt	1.459.002
	Herne, krfr. Stadt	8.175.814
	Herten, Stadt	5.653.213
	Korschenbroich, Stadt	1.694.469
	Leverkusen, krfr. Stadt	5.542.615
	Löhne, Stadt	2.018.263
	Marsberg, Stadt	1.457.999
	Moers, Stadt	5.184.430
	Mönchengladbach, krfr. Stadt	17.702.677
	Monschau, Stadt	1.488.387
	Neunkirchen-Seelscheid	1.559.438
	Nörvenich	1.260.714
	Nümbrecht	1.538.805
	Recklinghausen, Stadt	6.658.577
	Solingen, krfr. Stadt	10.008.981
	Velbert, Stadt	3.005.913
	Werdohl, Stadt	1.686.530
	Windeck	1.506.196
Stufe 3 (Teilnahme gemäß § 12 Stärkungspaktgesetz)	Alsdorf, Stadt	2.956.072
	Laer	1.187.649
	Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	14.053.112

**Anlage**  
Sonderhilfen gemäß § 3 Sonderhilfengesetz Stärkungspakt

Stärkungspaktstufe	Gebietskörperschaft	Gesamtbetrag der Sonderhilfen gemäß § 3 Stärkungspakt
		Euro
Stufe 1 (Teilnahme gemäß § 3 Stärkungspaktgesetz)	Aldenhoven	1.097.175
	Altena, Stadt	1.674.484
	Arnsberg, Stadt	4.428.453
	Bergneustadt, Stadt	1.428.882
	Castrop-Rauxel, Stadt	6.393.386
	Datteln, Stadt	2.632.564
	Dorsten, Stadt	3.884.883
	Duisburg, krfr. Stadt	23.711.269
	Hagen, krfr. Stadt	16.342.197
	Hamm, krfr. Stadt	8.876.673
	Hattingen, Stadt	2.849.143
	Kürten	1.238.431
	Marienheide	1.219.545
	Marl, Stadt	4.859.372
	Menden (Sauerland), Stadt	2.207.243
	Minden, Stadt	3.497.216
	Nachrodt-Wiblingwerde	976.180
	Nideggen, Stadt	1.070.822
	Oberhausen, krfr. Stadt	23.589.933
	Oer-Erkenschwick, Stadt	2.343.012
	Porta Westfalica, Stadt	2.001.314
	Remscheid, krfr. Stadt	8.413.427
	Schwelm, Stadt	2.139.794
	Schwerte, Stadt	2.906.065
	Selm, Stadt	2.233.520
	Sprockhövel, Stadt	1.209.406
	Stolberg (Rhld.), Stadt	2.871.508
	Übach-Palenberg, Stadt	1.476.069
	Wallrop, Stadt	2.160.415
	Welver	964.808
	Werl, Stadt	1.635.750
	Witten, Stadt	3.853.835
	Wuppertal, krfr. Stadt	26.750.919
Würselen, Stadt	2.038.531	
Stufe 2 (Teilnahme gemäß § 4 Stärkungspaktgesetz)	Bönen	1.519.997
	Botrop, krfr. Stadt	5.709.145
	Burscheid, Stadt	1.289.974
	Engelskirchen	1.220.042
	Essen, krfr. Stadt	39.805.431
	Gelsenkirchen, krfr. Stadt	13.720.849
	Gladbeck, Stadt	4.762.052
	Gummersbach, Stadt	1.829.044
	Haltern am See, Stadt	2.531.220
	Halver, Stadt	1.234.083
	Herne, krfr. Stadt	8.317.915
	Herten, Stadt	5.657.474
	Korschenbroich, Stadt	1.482.417
	Leverkusen, krfr. Stadt	5.540.833
	Löhne, Stadt	1.823.904
	Marsberg, Stadt	1.233.024
	Moers, Stadt	5.163.076
	Mönchengladbach, krfr. Stadt	18.365.346
	Monschau, Stadt	1.265.074
	Neunkirchen-Seelscheid	1.340.007
	Nörvenich	1.024.960
	Nümbrecht	1.318.247
	Recklinghausen, Stadt	6.717.773
	Solingen, krfr. Stadt	10.251.250
	Velbert, Stadt	2.865.520
	Werdohl, Stadt	1.474.044
	Windeck	1.283.856
Stufe 3 (Teilnahme gemäß § 12 Stärkungspaktgesetz)	Alsdorf, Stadt	2.812.955
	Laer	947.903
	Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	14.516.361

## Bericht

### A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Isolierung der aus der OVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften“ (Drucksache 17/9829) wurde am 24. Juni 2020 vom Plenum an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Beratung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Haushalts- und Finanzausschuss.

Am 31. März 2020 hat die Landesregierung einen Acht-Punkte-Plan zum Schutz nordrhein-westfälischer Kommunen vor den COVID-19-Auswirkungen beschlossen:

1. Isolierung der Corona-bedingten Schäden in den kommunalen Haushalten
2. „Sonderhilfengesetz Stärkungspakt“ zur Unterstützung der am Stärkungspakt teilnehmenden Kommunen
3. Änderung des Krediterlasses des Landes Nordrhein-Westfalen
4. Sicherstellung der Versorgung der Kommunen mit Liquidität über die landeseigene Förderbank NRW.Bank
5. Zugang zu Bürgschaften und günstigen Darlehenskonditionen für bisher vom Bundesrettungsschirm nicht erfasste öffentliche Verkehrsinfrastrukturgesellschaften, Krankenhäuser u.a.
6. Weitere Erleichterungen in den kommunalen Vergabegrundsätzen, damit Investitionsmittel zügiger in die Märkte zur Absicherung von Wirtschaft und Beschäftigung gegeben werden können
7. Eintreten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für vergaberechtliche Erleichterungen oberhalb der EU-Oberschwellen
8. Festlegung, dass auch corona-bedingte Finanzschäden der Kommunen einen anteiligen Ausgleich aus dem nordrhein-westfälischen Rettungsschirm erhalten können.

Mit dem nun vorgelegten Gesetzentwurf sollen u.a. die Ziffern 1 und 2 des Acht-Punkte-Plans umgesetzt werden. Ferner sollen die am Stärkungspakt teilnehmenden vierundsechzig Kommunen im Jahr 2020 eine Sonderzuweisung zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen erhalten; dazu müssen gesetzliche und untergesetzliche Normen des kommunalen Haushaltsrechts zur Anpassung gelangen. Zudem sollen weitere Änderungen an landesgesetzlichen Vorschriften umgesetzt werden.

**B Beratung**

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat sich mit dem Gesetzentwurf seiner Sitzung am 19. Juni 2020 beschäftigt und bei dieser Gelegenheit einen Vorratsbeschluss zur Durchführung einer Anhörung von Sachverständigen gefasst.

Daher wurden am 21. August 2020 folgende Experten angehört, denen zur Vorbereitung mit Drucksache 17/10200 zudem ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP vorlag:

eingeladen	Stellungnahme
Helmut Dedy Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	<b>17/2943</b>
Dr. Bernd Jürgen Schneider Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Dr. Martin Klein Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
Bernhard Holz Ebner Stolz Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte Partnerschaft mbB Bonn	<b>17/2896</b>
Professor Dr. Bettina Golombiewski Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Duisburg	<b>nein</b>
Ivo Hillesheim KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG Köln	<b>17/2908</b>

eingeladen	Stellungnahme
Dr. Eva Maria Hubbert Stadt Bochum Bochum	<b>17/2947</b>
Bernd Essler Verein für Kommunalpolitik e.V. Düren	<b>17/2929</b>
Mike-Sebastian Janke Kreis Unna Unna	<b>17/2950</b>
Dr. Manfred Busch Bochum	<b>17/2921</b>

(vgl. Ausschussprotokoll 17/1093).

Die Mitberatung oblag dem Haushalts- und Finanzausschuss, der sich in seiner Sitzung am 10. September 2020 abschließend mit der Thematik beschäftigt hat. Bei der Gelegenheit stimmte er dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP (Drucksache 17/10200) mit den Stimmen der einbringenden Fraktionen und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu; die Fraktion der AfD lehnte den Änderungsantrag ab, während die Fraktion der SPD sich enthielt. Danach stimmte der Haushalts- und Finanzausschuss dem so geänderten Gesetzentwurf mit gleichem Votum zu.

Mit Drucksache 17/10934 haben die Fraktionen von CDU und FDP nach Beratungsschluss im mitberatenden Haushalts- und Finanzausschuss einen weiteren Änderungsantrag vorgelegt.

## **C Abstimmung**

In der Sitzung am 11. September 2020 beschäftigte sich der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen letztmalig mit dem Gesetzentwurf und den hierzu vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP.

Einem ersten Änderungsantrag (Drucksache 17/10200) der Fraktionen von CDU und FDP stimmte der Ausschuss mit den Stimmen der einbringenden Fraktionen von CDU und FDP sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD und Ablehnung durch die Fraktion der AfD zu.

Mit Drucksache 17/10934 wurde ein zweiter Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP zur Abstimmung gestellt. Ihm wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt. Die Fraktion der SPD enthielt sich. Die Fraktion der AfD lehnte den Änderungsantrag ab.

Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen stimmte anschließend dem so geänderten Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, während die Fraktion der SPD sich enthielt und die Fraktion der AfD ihn ablehnte.

Hans-Willi Körfges  
- Vorsitzender -